



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.02.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:49 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:37 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn Senius, Teilnahme bis 18:10 Uhr
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER
Alexander Raue	AfD Stadtratsfraktion Halle
Jörg Baus	Verwaltung
Katharina Brederlow	Beigeordnete
Dr. Christine Gröger	Verwaltung
Susanne Wildner	Verwaltung
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 18:06 Uhr
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Heiko Schütz	Projektleiter örtliches Teilhabemanagement.
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.11.18
 - 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.12.18
 - 3.3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.01.19
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Förderung im Haushaltsjahr 2019 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie des Abbaus von Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität (Gleichstellungsförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2019/04768
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“
Vorlage: VI/2018/04474
 - 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Kulturelle Freiräume entwickeln"
Vorlage: VI/2018/04664

- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Vorstellen der Ergebnisse der Segregationsstudie des WZB
 - 7.2. Arbeitsstand Strategiekonzept zur Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)
 - 7.3. Berichterstattung Teilhabemanager Stadtverwaltung
 - 7.4. Informationen zu Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
 - 9.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.11.18

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.12.18

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.01.19

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Förderung im Haushaltsjahr 2019 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie des Abbaus von Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität (Gleichstellungsförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2019/04768**

Frau Haupt machte auf das Mitwirkungsverbot aufmerksam.

Frau Haupt erklärte, dass in der ersten Version der Vorlage, die Erhöhung der Mittel aus der Haushaltsberatung fehlten. Sie sagte, dass die geänderte Version erst sehr spät zur Verfügung stand und mahnte dies an. Um die Vereine nicht länger warten zu lassen und zu benachteiligen, sprach Sie sich für eine Beratung und Abstimmung der Vorlage aus.

Herr Dr. Wöllenweber sagte, dass als Aufwand 72.700 Euro benannt sind aber in der Tabelle 72.150 Euro stehen, er fragte, ob Mittel aufgehoben werden.

Frau Wildner brachte die Vorlage ein und stellte ein neues Projekt „djversity“ vor, das eine Förderung erhält. Das Projekt „Hysterie“ hat keinen Antrag gestellt, jedoch kommt das neue Projekt aus einem ähnlichen kulturpolitischen Feld.

Frau Wildner sagte, dass Sie einen Rest von 550 Euro übrig gelassen hat, da einige Projekte und Gruppen im Laufe des Jahres vorstellig werden und Mittel benötigen.

Frau Haupt fragte, was bedeutet, dass die Gesamtfinanzpläne gegebenenfalls überarbeitet werden.

Frau Wildner sagte, dass die Finanzpläne an die Fördersummen angepasst werden müssen.

Frau Dr. Schöps fragte um Projekt zwei, was durch die verringerte Fördersumme nicht umsetzbar ist.

Frau Wildner sagte, dass der Grund für die erhöhte Antragssumme, erhöhte Sachkosten, aufgrund von mehr Projekten sind. In diesem Fall können dann weniger Projekte umgesetzt werden.

Herr Raue fragte, ob es eine Übersicht gibt, wie viele Menschen Hilfe erhalten haben und welcher Erfolg der Projekte verzeichnet wurde.

Frau Wildner sagte, dass die Verwendungsnachweise ordentlich geführt wurden und darüber auch die Zahlen nachvollzogen werden können.

Herr Raue fragte, wo genau Chancengleichheit hergestellt wird. Wann läuft das Programm aus? Er fragte, inwieweit solche Projekte zur Gleichstellung förderfähig sind.

Frau Wildner sagte, dass die Chancengleichheit von Männern und Frauen nicht in allen Bereichen zufriedenstellend ist. Über 7000 Personen nehmen an den Veranstaltungen im Frauenzentrum teil. Frau Wildner lud Herrn Raue ein, sich einen Antrag mal in Form einer Akteneinsicht anzuschauen.

Dr. Drygalla sagte, dass es sich um künstlerische und kulturelle Veranstaltungen handelt.

Herr Schachtschneider fragte zum Projekt 4, warum im letzten Jahr 5000 Euro weniger

gefördert wurden und in diesem Jahr die Förderung wieder etwas höher ist. Was konnte dadurch nicht umgesetzt oder in geringerem Umfang umgesetzt werden.

Frau Wildner antwortete, dass weniger Vortragsveranstaltungen und Beratungsleistungen umgesetzt werden können.

Herr Schachtschneider fragte welche Höhe an Personalkosten betroffen sind.

Frau Wildner sagte, dass es sich um eine 15-Stunden Stelle handelt ohne Tarifbindung. Es handelt sich um 8.500 Euro Personalkosten und 1.500 Euro Sachkosten.

Herr Dr. Wöllenweber sagte, dass beim BBZ Lebensart Mittel in Höhe von 60.000 Euro vom Land und Saalekreis getragen werden, bei dem humanistischen Regionalverband, der sich ja Saalkreis e.V. nennt, ist der Saalekreis nicht beteiligt, wie sind da die Zusammenhänge?

Frau Wildner antwortete, dass, das Publikum beim humanistischen Verband fast komplett aus Halle kommt und das BBZ Lebensart eine ganz andere Förderstruktur aufweist und für das südliche Sachsen Anhalt zuständig ist.

Herr Schachtschneider fragte zum Projekt 5, ob es im Saalekreis eine Nebenstelle gibt.

Frau Wildner erklärte, dass der Saalekreis die Außenstelle in Halle mitfinanziert.

Herr Schachtschneider fragte, ob ProMann das einzige Männerprojekt ist und, ob es das Väterradio noch gibt.

Frau Wildner sagte, dass der Initiator vor einigen Jahren gestorben ist und der Verein es nicht geschafft hat, das Väterradio in andere Hände zu geben. Leider gibt es keine weiteren Anträge für Männerprojekte.

Frau Haupt bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die in der Anlage dargestellten Vorschläge für die Vergabe von Fördermitteln im Haushaltsjahr 2019, entsprechend der Gleichstellungsförderrichtlinie, werden bestätigt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“
Vorlage: VI/2018/04474**

Frau Dr. Drygalla bat nochmal um eine Erläuterung der Änderungen die vorgenommen wurden.

Frau Wildner sagte, dass die Verwaltung das Projekt nicht selber durchführen möchte, aber

Träger und Vereine gesucht werden sollen, die dies umsetzen.

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Stadtverwaltung erklärt hat, dass die Ideen aus dem ursprünglichen Antrag, durch den kleinen Bereich von Frau Wildner nicht leistbar sind und man sich daher entschieden hat den Antrag anzupassen.

Herr Schachtschneider fragte, wie eine fachliche Nachbetreuung durch die Fachberatungsstellen ablaufen soll, da es ja eigentlich anonym ablaufen sollte.

Frau Wildner erklärte, dass den betroffenen Personen auf Wunsch eine kleine Karte oder anderes Infomaterial gegeben wird, wo eine Fachberatungsstelle benannt ist. Die betroffenen entscheiden selber, ob sie im Nachhinein eine Beratungsstelle aufsuchen möchten.

Frau Dr. Drygalla fragte, ob der Austausch mit anderen Kommunen erfolgt ist und welche Ergebnisse vorliegen.

Frau Wildner sagte, dass der Kontakt zum Ursprung der Initiative in Münster hergestellt wurde und man die erste Evaluierung erhalten hat und diese positiv war.

Herr Raue sagte, dass in einer solchen Situation die Polizei zuständig ist, wenn kein anderer mir hilft oder helfen kann. Ein zusätzliches Codewort wird nicht benötigt, da ich direkt auf das Personal zugehen kann und um Hilfe bitten kann. Er sagte, dass solche Projekte dann ebenso Fördermittel beantragen und man da Steuergelder zusätzlich ausgibt.

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Kosten sehr gering ausfallen und lediglich Geld für Flyer benötigt wird. Sie sagte, dass ein Polizeieinsatz Geld kostet und solche Alternativen dazu angedacht sind um öffentliche Mittel zu sparen.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in einer Vielzahl deutscher Städte durchgeführte Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ in der Stadt Halle (Saale) zu etablieren. Zu diesem Zweck soll die Stadtverwaltung, als koordinierende Stelle, Kneipen, Clubs, Cafés und Restaurants im gesamten Stadtgebiet als teilnehmende Partner gewinnen, um gemeinsam die Kampagne im 1. Quartal 2019 zu starten. Die angemessene fachliche Betreuung von Betroffenen soll gegebenenfalls in Kooperation mit Frauenberatungsstellen in Halle (Saale) gewährleistet werden. Die Stadt Halle (Saale) übernimmt die Kosten für die Übernahme des Corporate Designs und der Handlungsleitfäden für teilnehmende Betriebe.~~

In über 50 Städten in Deutschland und der Schweiz wird die Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ durchgeführt. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Startphase der Einführung in Halle (Saale) im 1.Quartal 2019 zu koordinieren und einen Projektträger für die Umsetzung dieser Präventionskampagne in den Diskotheken, Kneipen, Klubs, Cafés und Restaurants ~~der~~ zu gewinnen.

Eine im Bedarfsfall angemessene fachliche Nachbetreuung von Betroffenen sollen die entsprechenden Fachberatungsstellen in unserer Stadt gewährleisten. Die Stadt Halle (Saale) sichert die Kosten für die Übernahme des

Corporate Designs incl. der Handlungsleitfäden für teilnehmende Unternehmen ab.

2. Über den Stand der Umsetzung wird im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss regelmäßig informiert.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Kulturelle Freiräume entwickeln"
Vorlage: VI/2018/04664**

Herr Gernhardt brachte den Antrag ein.

Herr Raue sagte, dass es in Halle genug Räume zu freien Entfaltung gibt. Hobbys können zuhause oder in verschiedenen Vereinen ausgelebt werden. Das Haus Hafestraße 7 ist vorbelastet und aus diesem Grund scheidet dies aus. Die Stadt kann nicht, nach der Vorgeschichte mit der Hausbesetzung, die Wohnungsgesellschaft auffordern, das Hasi in der Hafestraße 7 verbleiben kann. Warum kann sich der Kapuze e.V nicht mit im Reil 78 ansiedeln oder in der Ludwigstraße 37.

Frau Brederlow sagte, dass zuerst geklärt werden muss, was Freiräume sind und welche nutzbar sind. Die HWG hat das Gebäude abgerissen und kann nicht mehr für solche Zwecke genutzt werden. Sollten Freiräume benötigt werden, sind städtische Objekte zu identifizieren, die noch zur Verfügung stehen.

Herr Bönisch stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und nicht Zuständigkeit des Ausschusses

Abstimmungsergebnis GO Antrag SR : **mehrheitlich abgelehnt**

Herr Helmich sprach sich positiv für den Antrag aus.

Herr Schied sagte, dass keine Statements geäußert werden sollten, die nichts mit dem Antrag zu tun haben.

Herr Schachtschneider sagte, dass als erstes die Objekte sinnvoll genutzt werden sollten, die wir noch im Bestand haben und für die es momentan keine Nutzung gibt.

Herr Gernhardt sagte, dass die Ergebnisse des Runden Tisches abgewartet werden sollen und danach anhand der Anforderungen die Objekte gesucht werden.

Herr Raue sagte, dass das Gebäude runter gewirtschaftet war.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR : **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

„Kulturelle Freiräume entwickeln“

1. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass das Objekt in der Hafenstraße 7 als ein potentieller Standort für ein soziokulturelles Zentrum erhalten ~~wird~~ bleibt. Entsprechende Möglichkeiten sollen im Rahmen des Runden Tisches „Kulturelle Freiräume“ gemeinsam mit den Vereinen und Initiativen des Gremiums und der Stadtverwaltung evaluiert und diskutiert werden. Deshalb wird der Oberbürgermeister in seiner Eigenschaft als Vertreter der Alleingeschafterin Stadt Halle (Saale) beauftragt, den Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH im Wege einer Geschafteranweisung anzuweisen, die ~~bekannt gewordene~~ Entwicklung des Objektes als Wohnfläche zunächst auszusetzen bzw. nicht weiter voranzutreiben bis der Runde Tisch „Kulturelle Freiräume“ seine Arbeit abgeschlossen und eine Empfehlung für den Stadtrat vorgelegt hat. ~~sowie zur Deeskalation der Lage bis auf Weiteres die Zwangsvollstreckung(en) nicht weiter zu betreiben und die Verwirklichung der folgenden Beschlüsse des Stadtrates abzuwarten.~~
2. ~~Der Oberbürgermeister~~ **Stadtrat** wird beauftragt ~~bittet den Oberbürgermeister,~~ einen Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ einzuberufen. Innerhalb dieses Gremiums erarbeitet ~~sollte~~ die Stadtverwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der soziokulturellen, nicht kommerziellen Vereine/ Initiativen / Kultureinrichtungen Halles und der städtischen Wohnungsunternehmen ein Konzept, wie kulturelle und selbstverwaltete Freiräume in Halle entwickelt und unterstützt werden können **erarbeiten**. Das Konzept befasst ~~sollte~~ sich dabei explizit auch mit solchen und vergleichbaren Freiräumen & Einrichtungen wie dem ehemaligen „La Bim“, der ehemaligen „Rockstation“, der „Hasi“ und „Postkult“ **befassen** und umfasst ~~sollte~~ die konkrete Benennung von Maßnahmen zu seiner Umsetzung **umfassen**. In den Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ sind als Moderatorinnen oder Moderatoren ein oder zwei etablierte Persönlichkeiten der Kulturszene Halles zu berufen.
3. Im Rahmen des Diskussionsprozesses ist ~~sollte~~ durch den Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ unter anderem zu prüfen **geprüft** und zu erörtern, erörtert **werden** wie das Objekt in Hafenstraße 7 auch künftig als soziokulturelles Zentrum betrieben werden und von Vereinen wie Capuze e.V. aber auch von anderen **soziokulturellen** Vereinen und Initiativen genutzt werden kann. Dieses zukünftige, neue Nutzungskonzept für ein soziokulturelles Zentrum in der Hafenstraße 7 wird ~~sollte~~ als Teil des durch den Runden Tisch zu erarbeitenden Konzeptes für kulturelle und selbstverwaltete Freiräume in Halle vorgelegt **werden**.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf entsprechende Vereine und Initiativen sowie auf mögliche Moderatoren aus der Kulturszene in Halle zuzugehen. Die konkrete Zusammensetzung und der konkrete Arbeitsauftrag des Runden Tisches „Kulturelle Freiräume in Halle“ im Rahmen und zur Umsetzung dieses Stadtratsbeschlusses werden ~~sollten~~ gemeinsam mit den Stadtratsfraktionen erarbeitet und vom Stadtrat im Januar 2019 beschlossen **werden**.
5. ~~Das durch den Runden Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ erarbeitete Konzept hat Bindungskraft und wird dem Stadtrat im Mai 2019 zum Beschluss vorgelegt.~~
6. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Capuze e.V. mit der Übergabe der Schlüssel das Objekt herausgegeben hat. Gleichzeitig fordert der Stadtrat alle

~~Unterstützerinnen und Unterstützer des soziokulturellen Zentrums Hasi auf, einen Neustart zu ermöglichen und das Gelände voll- und eigenständig zu räumen um den Weg freizumachen, damit der Runde Tisch „Kulturelle Freiräume in Halle“ sein Konzept – auch bezüglich der zukünftigen Nutzung der Hafestraße 7 als soziokulturelles Zentrum – erarbeiten kann. Dafür wird den Aktivistinnen und Aktivisten eine angemessene Frist bis zum 30. Januar 2019 eingeräumt. Ziel ist, einen weiteren Polizeieinsatz wie den vom 21.11.2018 zu verhindern.~~

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellen der Ergebnisse der Segregationsstudie des WZB

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Weiske stellte die Präsentation vor.

Herr Krause fragte, ob in der Studie die Wechselwirkung an den Rändern der Gebietskörperschaft untersucht worden.

Herr Weiske antwortete, dass dies nicht untersucht wurde.

Frau Seidel-Jähmig sagte zur Handlungsoption drei, dass in diesen Gebieten die Schulen gut ausgestattet werden, damit diese attraktiver werden und fragte, ob bereits Aussagen zur Wirkung getroffen wurden. Dies könnte ja auch weiter gedacht werden, oft ist es so wenn Kinder aus einem sozial schwächeren Bereich in eine Kita gehen, die in einem anderen Viertel ist, Verbesserungen erkennbar sind, gibt es dazu bereits Erkenntnisse.

Herr Weiske sagte, dass Eltern bereit sind, in einem sozial schwachen Wohnumfeld wohnen zu bleiben, wenn sie eine Perspektive (wie eine Schule) für ihre Kinder haben. Dies wirkt segregationsbremsend. Ob dies für alle deutschen Städte zutrifft wurde nicht thematisiert. Die Segregationstendenzen werden gebremst in den Gegenden, wo besonders gute Schulen und Privat- oder Ersatzschulen sich ansiedeln.

Frau Dr. Drygalla fragte, ob es Ansätze oder Erkenntnisse gibt, wie solche Ergebnisse aus Segregationsergebnissen in zukünftige Entscheidungen einfließen können.

Herr Weiske sagte, dass dies nicht so kleinteilig analysiert wurde.

Herr Bönisch fragte, ob in der Studie erfolgreiche Beispiele genannt wurden.

Herr Weiske sagte, dass die Wissenschaftler keine optimistischen Ergebnisse festgestellt haben und es wird noch große Herausforderungen mit sich bringen.

Herr Raue fragt, welche Erfahrungen und Denkanstöße uns die Studie jetzt vermittelt auf ethnische Segregation.

Herr Weiske antwortete, dass die ethnische Segregation vor allem in den 80er Jahren in den westdeutschen Städten stattfand. Es gibt Befunde dass es in der Morphologie des Städtebaus begründet ist. Die westdeutschen Städte sind anders vorgegangen nach dem Krieg, es gab auch Kriegsschäden, aber es gab eine stärkere Wirtschaftskraft. Mit dem Wohlstand zogen die Menschen an den Stadtrand oder in ländliche Gebiete und erwarben Eigentum, bestimmte Innenstadtlagen wurden unbeliebt. Die ließ in den 80er Jahren wieder nach und es fand eine Aufwertung der Innenstadtlagen statt. Segregationstendenzen ethnischer Art hoben sich dadurch teilweise auf. In den ostdeutschen Städten gab es diese Probleme in diesem Zeitraum bis 2014 überhaupt nicht.

Herr Schachtschneider fragte, ob auch neue Ergebnisse mit einbezogen werden, oder ob es nur auf den Ergebnissen aus dem Jahr 2014 aufbaut.

Frau Brederlow sagte, dass dies nur der Ersteller der Studie beantworten kann.

zu 7.2 Arbeitsstand Strategiekonzept zur Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)

Frau Dr. Gröger sagte, dass die intensive Arbeit an dem Strategiekonzept erst wieder aufgenommen wird, wenn die Sucht- und Psychiatriekoordinatorin ihren Dienst aufgenommen hat, dies wird voraussichtlich am 01.04.2019 passieren.

zu 7.3 Berichterstattung Teilhabemanager Stadtverwaltung

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Schütz hielt eine Präsentation und stellte das Teilhabemanagement vor. Das Programm wird vom Land finanziert, es gibt in Halle drei Mitarbeiter und die Stadt Halle hat lediglich die Sachkosten zu tragen. Ein großes Ziel bei der Arbeit ist es, Barrieren abzubauen.

Herr Czock sagte, dass er den Standortfaktor anders versteht. Es gibt viele Beratungen aber zu wenig Effektivität. Nicht jeder hat einen Internetanschluss, um auf die Angebote zugreifen zu können.

Herr Schütz sagte, dass es einen großen Beratungsbedarf bei Menschen mit Beeinträchtigungen gibt. Der Standortfaktor heißt, dass Menschen mit Behinderungen aus anderen Städten als Touristen in unsere Stadt kommen. Dafür müssen viele Einrichtungen barrierefrei sein, dies ist ein sehr wichtiger Faktor für Seniorenreisen. Es gibt Förderungsmaßnahmen, damit Menschen mit Beeinträchtigung, die bisher in einer Werkstatt arbeiten mussten, jetzt auf dem freien Arbeitsmarkt arbeiten können.

Frau Dr. Schöps fragte, wie die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten funktioniert.

Herr Schütz sagte, dass eine enge Zusammenarbeit stattfindet.

zu 7.4 Informationen zu Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag

Frau Wildner informierte, dass es verschiedene Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag gibt. Ab Freitag wird es eine Ausstellungseröffnung geben. Im Anschluss findet eine Demo vom Marktplatz zum Steintor statt. Ab 20 Uhr geht es mit einem Theaterstück weiter und ab 22 Uhr ist Party im Charles Bronson mit dem Projekt DJVersity.

zu 7.5 Herr Baus zu den Kosten der Unterkunft und Heizung

Herr Baus sagte, dass im Amtsblatt die entsprechenden Unterkunfts-kosten veröffentlicht wurden. Es gab eine Beschwerde zu einem Aufforderungsschreiben zur Senkung der kalten Betriebskosten. Er sagte, dass dieses Schreiben immer dann an die Leistungsempfänger versandt wird, wenn eine Abweichung zu den festgelegten KdU-Kosten festgestellt wird. In diesem Fall hat sich die Angelegenheit mit Inkrafttreten der neuen KdU-Richtwerte erledigt.

Frau Dr. Schöps fragte, ob die direkt Betroffenen aktiv informiert wurden.

Herr Baus antwortete, dass die neuen Richtwerte ab Inkrafttreten für Neuanmietungen gelten. Zieht ein Leistungsempfänger um, legt er den Mietvertrag beim Bearbeiter vor, der nach den Richtwerten entsprechend der Wohnungsgröße entscheidet, ob dem Umzug zugestimmt werden kann.

zu 7.6 Frau Brederlow zur Vergütung von Hebammen

Frau Brederlow sagte, dass der Haushalt noch nicht veröffentlicht ist und folglich noch nicht in Kraft getreten ist. Zur Vergütung für freiberufliche Hebammen werden Vertreter der Hebammen eingeladen, um darüber zu sprechen, wie ein solches Verfahren sein kann. Es soll so einfach wie möglich sein, jedoch rechtlich nachvollziehbar.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Helmich zu Gebärdensprachdolmetschern

Herr Helmich fragte wie gut die Versorgung mit Gebärdensprachdolmetschern in Halle ist.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung durch Herrn Dr. Fischer zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellvertretende Protokollführerin